

WIFO

1030 WIEN, ARSENAL, OBJEKT 20
TEL. 798 26 01 • FAX 798 93 86

 **ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG**

**Prognose für 2014 und 2015:
Internationale Nachfrage für
exportgetriebenen Aufschwung
zu gering**

September 2014



Prognose für 2014 und 2015: Internationale Nachfrage für exportgetriebenen Aufschwung zu gering

September 2014

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Inhalt

Die neuerliche Dämpfung des Welthandels in den letzten Monaten verhindert einen exportgetriebenen Aufschwung im Euro-Raum und in Österreich. Da viele Länder die Folgen der Finanzmarktkrise noch nicht überwunden haben, bleibt auch – im Gegensatz zu den USA – die Binnennachfrage schwach. In Österreich wird das reale BIP heuer daher um nur 0,8% wachsen, 2015 um 1,2%.

Rückfragen: Stefan.Schiman@wifo.ac.at

2014/358/SPD/WIFO-Projektnummer: 28491

© 2014 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Medieninhaber (Verleger), Herausgeber und Hersteller: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung,
1030 Wien, Arsenal, Objekt 20 • Tel. (+43 1) 798 26 01-0 • Fax (+43 1) 798 93 86 • <http://www.wifo.ac.at/> • Verlags- und Herstellungsort: Wien

Verkaufspreis: 30,00 € • Download 25,00 €: <http://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/47467>

Prognose für 2014 und 2015: Internationale Nachfrage für exportgetriebenen Aufschwung zu gering

Die neuerliche Dämpfung des Welthandels in den letzten Monaten verhindert einen exportgetriebenen Aufschwung im Euro-Raum und in Österreich. Da viele Länder die Folgen der Finanzmarktkrise noch nicht überwunden haben, bleibt auch – im Gegensatz zu den USA – die Binnennachfrage schwach. In Österreich wird das reale BIP heuer daher um nur 0,8% wachsen, 2015 um 1,2%.

2013 gewann der Welthandel etwas an Dynamik und mit ihm der heimische Außenhandel. Der Aufschwung, der durch die positiven Stimmungsindikatoren angezeigt wurde, festigte sich aber nicht, u. a. da die internationale Exportnachfrage aufgrund des Kapitalabzuges aus vielen Schwellenländern wieder jäh abnahm. Darüber hinaus entwickelt sich die Binnennachfrage im Euro-Raum seit der Rezession 2012/13 sehr gedämpft. Die Privatverschuldung ist seit der Finanzmarktkrise kaum gesunken und schränkt in vielen Ländern die Konsum- und Investitionsmöglichkeiten ein. Die weitere Lockerung der Geldpolitik durch die EZB erleichtert zwar das Kreditangebot, behebt aber nicht die Nachfrageschwäche. Für den Euro-Raum wird daher ein geringeres BIP-Wachstum prognostiziert als Ende Juni 2014 (2014 +0,8%, 2015 +1,1%), die Prognose für die USA wird beibehalten (2014 +2,2%, 2015 +3,1%).

Vor diesem Hintergrund wird der heimische Außenhandel weniger expandieren als im Sommer erwartet. Investitionen werden wegen der getrübbten Absatzperspektiven zurückgehalten. Betroffen sind insbesondere die Ausrüstungsinvestitionen, die heuer noch stagnieren. In der Herstellung von Waren nimmt neben der Arbeitszeit pro Kopf auch die Beschäftigung ab. In den Dienstleistungsbranchen steigt sie vor allem aufgrund der Ausweitung von Teilzeitstellen. Für die Gesamtwirtschaft ergibt sich eine Stagnation des Arbeitsvolumens, sodass das reale Wirtschaftswachstum von 0,8% 2014 und 1,2% 2015 gänzlich auf Produktivitätssteigerungen beruht. Der Rückgang der Beschäftigung inländischer Arbeitskräfte setzt sich fort, zumal auch deren Arbeitskräfteangebot aus demographischen Gründen abnimmt. Die Arbeitslosenquote erhöht sich im Prognosezeitraum auf knapp unter 9%. Die Inflationsrate bleibt mit 1,8% angesichts der Konjunkturschwäche relativ hoch und schmälert neben der zunehmenden Abgabenbelastung die reale Kaufkraft. Der private Konsum steigt daher weiter nur mäßig. Die Konjunkturintrübung belastet zwar die öffentlichen Haushalte, gleichzeitig dämpft aber der weitere Rückgang der Zinssätze die Ausgaben. Ein Risiko für die Konjunktur liegt insbesondere in einer möglichen Verschärfung der Russland-Krise. Eine Belebung der Konjunktur könnte in Gang kommen, wenn die neue Europäische Kommission deutliche Stimulierungsmaßnahmen setzt.

Konjunkturprognose September 2014

Hauptergebnisse

Veränderung gegen das Vorjahr in %

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
					Prognose	
Bruttoinlandsprodukt						
Real	+ 1,8	+ 2,8	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,8	+ 1,2
Nominell	+ 3,2	+ 4,9	+ 2,6	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,8
Herstellung von Waren¹⁾, real	+ 7,6	+ 8,3	+ 1,1	+ 1,3	+ 0,8	+ 2,5
Handel, real	+ 2,2	+ 1,3	- 1,7	- 1,4	± 0,0	+ 1,0
Private Konsumausgaben, real	+ 2,0	+ 0,8	+ 0,5	- 0,2	+ 0,4	+ 0,8
Bruttoanlageinvestitionen, real	- 1,4	+ 8,5	+ 1,6	- 0,8	+ 0,9	+ 1,5
Ausrüstungen	+ 2,1	+ 14,3	+ 2,1	- 3,5	± 0,0	+ 2,0
Bauten	- 3,9	+ 2,5	+ 2,5	+ 1,2	+ 1,7	+ 1,0
Warenexporte lt. Statistik Austria						
Real	+ 13,6	+ 8,1	+ 0,8	+ 3,1	+ 2,3	+ 3,5
Nominell	+ 16,7	+ 11,3	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,8	+ 4,0
Warenimporte lt. Statistik Austria						
Real	+ 11,7	+ 8,6	- 1,3	+ 0,9	+ 1,7	+ 3,5
Nominell	+ 16,5	+ 15,3	+ 0,7	- 1,0	+ 0,7	+ 4,0
Leistungsbilanzsaldo						
Mrd. €	+ 9,74	+ 4,90	+ 7,33	+ 8,45	+ 7,63	+ 8,30
in % des BIP	+ 3,4	+ 1,6	+ 2,4	+ 2,7	+ 2,4	+ 2,5
Sekundärmarktrendite²⁾	in %	3,2	3,3	2,4	2,0	1,5
Verbraucherpreise		+ 1,9	+ 3,3	+ 2,4	+ 2,0	+ 1,8
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen (Eurostat) ³⁾	4,4	4,2	4,3	4,9	5,0	5,2
In % der unselbst. Erwerbspersonen ⁴⁾	6,9	6,7	7,0	7,6	8,4	8,8
Unselbständig aktiv Beschäftigte⁵⁾	+ 0,8	+ 1,9	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,6
Finanzierungssaldo des Staates						
lt. Maastricht-Definition in % des BIP	- 4,5	- 2,5	- 2,6	- 1,5	- 2,9	- 1,9

¹⁾ Nettoproduktionswert, einschl. Bergbau.

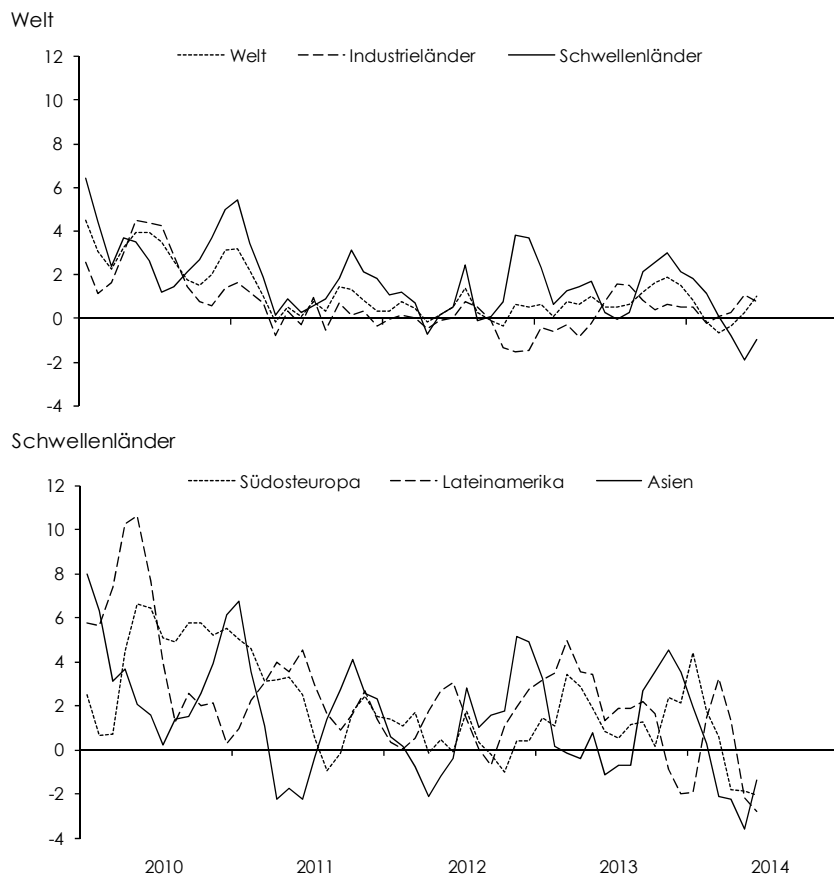
²⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). ³⁾ Labour Force Survey.

⁴⁾ Arbeitslose laut AMS. ⁵⁾ Ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, ohne Präsenzdiener.

1. Aufwärtsdynamik des Welthandels endet jäh

Der Kapitalabzug aus den Schwellenländern drückt wegen Wechselkursänderungen und höheren Zinssätzen deren Importnachfrage.

Abbildung 1: Warenimporte, real, saisonbereinigt
Gleitender Dreimonatsdurchschnitt, Veränderung gegen die Vorperiode in %



Q: CPB.

Im Jahresverlauf 2013 beschleunigte sich das Welthandelwachstum wieder. Vor dem Hintergrund der robusten Erholung in den USA und der Entschärfung der Refinanzierungskrise einiger Euro-Länder schien sich auch in Österreich ein mäßiger exportinduzierter Aufschwung zu festigen. Diese Aufwärtsentwicklung endete heuer jedoch, da weltweit die Importnachfrage vieler Schwellenländer deutlich und gleichzeitig an Kraft verlor (Abbildung 1), darunter große Volkswirtschaften wie Indien, Brasilien und Russland. Die gemeinsame Ursache dieses Rückganges dürfte der Kapitalabzug sein, von dem diese Länder nach der Ankündigung einer Trendwende in der Geldpolitik der USA betroffen waren und die markante Zinssatzerhöhungen und teilweise neue Kapitalkontrollen zur Folge hatte. In Russland verschärfte sich der Kon-

junktur einbruch durch die Wirtschaftssanktionen der USA und der EU wegen der Ukraine-Krise. Das WIFO setzt deshalb seine Wachstumsprognose für den Welthandel auf 3,5% 2014 und 4,0% 2015 herab.

Da die Konjunktur in den USA auf einer robusten Binnennachfrage basiert, ist sie von der Eintrübung des Welthandels weniger betroffen als die exportorientierten Volkswirtschaften in Europa. In Österreich schwächte sich das einsetzende Außenhandelswachstum heuer wieder spürbar ab.

2. Divergierende geldpolitische Impulse in den Industrieländern

Im Euro-Raum wird die Geldpolitik angesichts des Deflationsrisikos weiter gelockert, in den USA und Großbritannien etwas gestrafft.

Für den Prognosezeitraum zeichnen sich sehr unterschiedliche Impulse der Zentralbanken der USA (Fed), Großbritanniens (Bank of England) und des Euro-Raumes (EZB) ab: Die Fed begann zu Jahresbeginn 2014 die schrittweise Einschränkung ihrer Anleihenkäufe, die damit im Oktober 2014 vollständig auslaufen werden. Dies dürfte von den Finanzmarktakteuren in die aktuellen Zinssätze bereits eingepreist sein, sodass keine weiteren Finanzmarkturbulenzen entstehen sollten. Angesichts der Normalisierung der Inflationsrate und des Rückganges der Arbeitslosenquote wird die Fed wohl 2015 erstmals seit 2008 den Leitzinssatz anheben. Auch die Bank of England wird den Leitzinssatz hinaufsetzen. Zwar stiegen die Immobilienpreise in London enorm. Aber eine Zinssatzerhöhung droht, neben der erwünschten Dämpfung der Vermögensmärkte, die Konjunktur zu belasten. Der Mangel an erprobten makroprudentiellen Instrumenten wird durch diesen Zielkonflikt evident. Im Gegensatz zu den angloamerikanischen Notenbanken lockert die EZB angesichts des Deflationsrisikos im Euro-Raum die Geldpolitik weiter. In zwei Tranchen werden Banken Refinanzierungsgeschäfte angeboten, die direkt an die Kreditvergabe an Unternehmen geknüpft sind (Targeted Long-term Refinancing Operations – TLTRO). Darüber hinaus wird die EZB Pfandbriefe von Kreditinstituten und forderungsbesicherte Wertpapiere (Asset Backed Securities – ABS) ankaufen. Diese Maßnahmen zielen zwar auf eine Verbesserung des Kreditangebotes ab, beheben aber die Nachfrageschwäche nicht. Der Wert des Euro gegenüber dem Dollar sank seit der Ankündigung weiterer expansiver Maßnahmen kontinuierlich. Im Jahresdurchschnitt 2014 wird er 1,35 \$ je € betragen, 2015 1,30 \$ je €.

3. USA: Hochkonjunktur mit geringeren Wachstumsraten

Der Aufschwung in den USA beruht auf der robusten Binnennachfrage.

Die USA verzeichneten im I. Quartal 2014 einen unerwarteten BIP-Rückgang, der vor allem dem äußerst strengen Winter zugeschrieben wird. Aufgrund der soliden Grundkonstitution der

Volkswirtschaft wurde er rasch durch Nachholinvestitionen und Exportsteigerungen im II. Quartal kompensiert. Die Arbeitslosenquote sank von ihrem Höchstwert von 10% im Oktober 2009 auf 6,1% im August 2014. Das BIP-Wachstum fiel bislang aus unterschiedlichen Gründen geringer aus als in früheren Aufschwungphasen. Der Produktivitätsfortschritt dürfte sich verlangsamt haben: Die "Schiefergasrevolution" konnte nicht an die starken und breit gestreuten Produktivitätssteigerungen anschließen, welche die Innovationen in der Informationstechnologie in den 1990er-Jahren ausgelöst hatten. Darüber hinaus verringerte sich die Erwerbsquote seit der Finanzmarktkrise weiter, anders als in den meisten EU-Ländern. Die BIP-Prognose für die USA bleibt unverändert bei 2,2% 2014 und 3,1% 2015.

4. Japan: Steuererhöhung dominiert den Konjunkturverlauf

Nachdem der Mehrwertsteuersatz in Japan heuer von 5% auf 8% erhöht wurde, soll er 2015 auf 10% steigen.

Die Anhebung des Mehrwertsteuersatzes von 5% auf 8% am 1. April 2014 bestimmt den Konjunkturverlauf in Japan: Kräftigen Vorziehkäufen im I. Quartal folgte ein Nachfrageeinbruch im II. Quartal. Für das 2. Halbjahr 2015 ist eine ähnliche Entwicklung zu erwarten, da der Mehrwertsteuersatz im Oktober 2015 weiter auf 10% angehoben wird. Der Nachfrageausfall im II. Quartal 2014 war stärker als erwartet, die BIP-Prognose für Japan verringert sich deshalb auf +0,9% 2014 und +0,8% 2015.

In China kann selbst das geringere Wachstumsziel nicht ohne zusätzliche öffentliche Maßnahmen erreicht werden.

Die massiven Stimulierungsmaßnahmen, die in China seit 2009 ergriffen wurden und das reale BIP-Wachstum bis 2011 über 9% hielten, hatten beträchtliche Fehlallokationen, Überkapazitäten und Überschuldung zur Folge, die die Binnennachfrage zunehmend belasten. Staatliche Maßnahmen sind wieder erforderlich, um selbst das abgeschwächte Wachstum der vergangenen Jahre zu erreichen. Im Frühjahr 2014 wurden neue Investitionen in die Schieneninfrastruktur und den sozialen Wohnbau beschlossen. Einer Lockerung der Bestimmungen zur Relation zwischen Kreditvolumen und Bankeinlagen folgte eine Kreditexpansion. Dies wirkt zwar konjunkturbelebend, das Finanzmarktrisiko nimmt dadurch aber weiter zu. Für 2014 und 2015 wird weiterhin mit einem realen BIP-Anstieg von jeweils 7,3% gerechnet.

5. Euro-Raum: Binnennachfrage bleibt schwach

Die anhaltend hohe Privatverschuldung dämpft die Konsum- und Investitionsmöglichkeiten in vielen Ländern erheblich.

Konjunkturprognose September 2014

Annahmen über die internationale Konjunktur

Veränderung gegen das Vorjahr in %

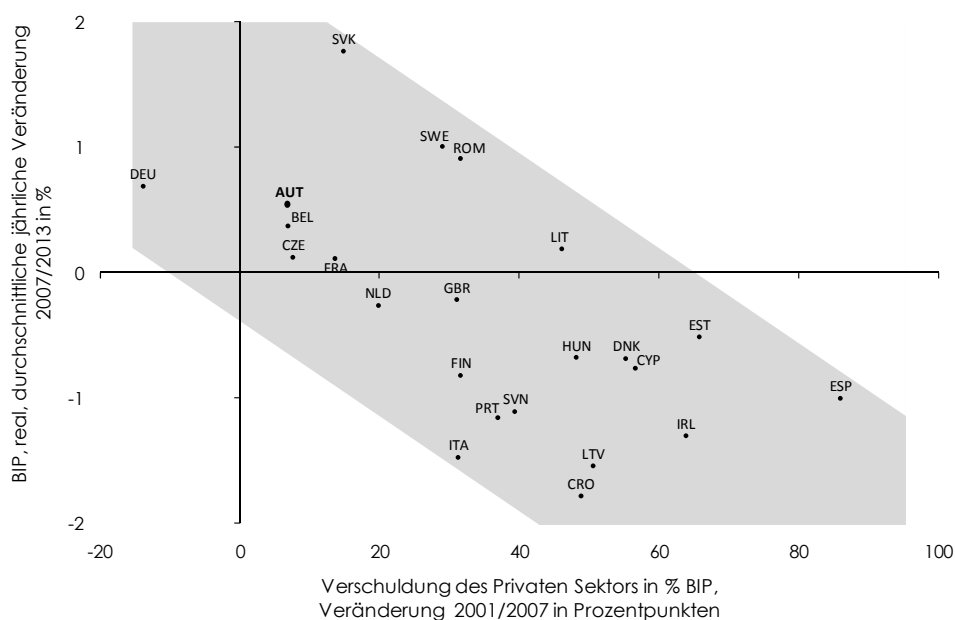
	2010	2011	2012	2013	2014	2015
					Prognose	
BIP, real						
Welt	+ 5,2	+ 3,9	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,1	+ 3,5
USA	+ 2,5	+ 1,6	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,2	+ 3,1
Japan	+ 4,7	- 0,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 0,9	+ 0,8
EU 28	+ 2,0	+ 1,6	- 0,4	+ 0,1	+ 1,3	+ 1,4
Euro-Raum 18	+ 1,9	+ 1,6	- 0,7	- 0,4	+ 0,8	+ 1,1
MOEL 5 ¹⁾)	+ 2,6	+ 3,2	+ 0,7	+ 1,2	+ 2,9	+ 2,6
China	+ 10,4	+ 9,3	+ 7,7	+ 7,7	+ 7,3	+ 7,3
Welthandel, real	+ 14,4	+ 6,8	+ 2,1	+ 2,3	+ 3,5	+ 4,0
Marktwachstum Österreichs²⁾	+ 14,5	+ 7,6	+ 1,3	+ 1,9	+ 3,5	+ 3,5
Weltmarkt-Rohstoffpreise³⁾						
Gesamt	+ 28,9	+ 28,6	- 2,8	- 1,9	± 0	± 0
Ohne Rohöl	+ 31,9	+ 19,2	- 14,4	- 6,1	- 4	- 1
Erdölpreis						
Brent, \$ je Barrel	79,5	111,3	111,6	108,7	110	110
Wechselkurs						
Dollar je Euro ⁴⁾	1,327	1,392	1,286	1,328	1,35	1,30

¹⁾ Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn.

²⁾ Importveränderungsrate der Partnerländer für Waren real (laut Oxford Economics), gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. ³⁾ HW WI-Index, Dollar-Basis. ⁴⁾ Monatsdurchschnitte.

Die Lösung der Refinanzierungskrise einiger Euro-Länder durch die Zusicherung der EZB, die Rolle als Lender of Last Resort wahrzunehmen, beendete 2013 die Rezession im Euro-Raum. Die Sekundärmarktrenditen für zehnjährige Staatsanleihen sanken seither auf 0,9% (Deutschland) bis 3,0% (Portugal; Griechenland 5,6%). Für einen markanten Aufschwung ist aber die Binnennachfrage zu schwach. Der teils hohe Mittelbedarf für die Bedienung von Schulden, die vor der Finanzmarktkrise eingegangen worden waren und sich seither als kaum tragfähig erwiesen, schränkt die Konsum- und Investitionsmöglichkeiten vieler Haushalte und Unternehmen ein. Das Ausmaß, in dem die Privatverschuldung in den Jahren vor der Finanzmarktkrise zunahm, steht in einem negativen Zusammenhang mit dem Wirtschaftswachstum nach der Finanzmarktkrise: Je höhere Schulden im privaten Sektor angehäuft wurden, desto mehr belasten deren Tilgung und Zinszahlungen die Konjunktur (Abbildung 2).

Abbildung 2: Verschuldung des privaten Sektors und BIP-Entwicklung in der EU



Q: Europäische Kommission (MIP-Scoreboard). Ohne Bulgarien, Griechenland und Polen (Ausreißer), Luxemburg und Malta (keine Daten verfügbar).

In den USA und in Großbritannien gelang der Schuldenabbau seit der Finanzmarktkrise rascher, weil die Insolvenzgesetzgebung dort schuldnerfreundlicher ist und die privaten Haushalte ihre Vermögenslage zügiger konsolidieren konnten. Darüber hinaus wurde in der Frühphase der Erholung eine deutlich höhere öffentliche Verschuldung in Kauf genommen, während die Erholung im Euro-Raum durch die Austeritätspolitik abgewürgt wurde. Unter den von der Refinanzierungskrise betroffenen Ländern ging die Privatverschuldung bislang nur in Spanien spürbar zurück; allerdings hatte sie vor der Finanzmarktkrise dort auch am stärksten zugenommen. Die äußerst geringe Inflation erschwert derzeit zusätzlich die Schuldentilgung, die Realzinssätze für private Haushalte und Unternehmen sind teilweise zu hoch. Im Euro-Raum

wird das BIP deshalb 2014 um nur 0,8% wachsen, 2015 nur geringfügig stärker (+1,1%). Die Prognose für die gesamte EU liegt aufgrund der höheren Zuwachsraten in den osteuropäischen Mitgliedsländern und in Großbritannien darüber (+1,3% bzw. +1,4%).

6. Österreich: Abkühlung des Welthandels dämpft Exporte

Die Importschwäche der Schwellenländer dämpft die heimischen Exporte direkt und über Drittlandeffekte, insbesondere im Euro-Raum.

Von der Abschwächung der internationalen Nachfrage ist auch die österreichische Volkswirtschaft betroffen. Statt der erwarteten Beschleunigung verlangsamt sich das Außenhandelswachstum 2014 wieder. Die Ukraine-Krise spielte bisher eine untergeordnete Rolle, die Dämpfung beruht auf der Verringerung der Importnachfrage der Schwellenländer insgesamt: Die Exporte in Nicht-EU-Länder stiegen in der ersten Jahreshälfte 2014 kaum (nominell +0,6%), kräftig wuchs in dieser Gruppe nur die Ausfuhr in die USA (nominell +6,0%). Die Ausfuhr in den Euro-Raum, dessen exportorientierte Volkswirtschaften auch von der Abschwächung der internationalen Nachfrage betroffen sind, war aufgrund der Zweitrundeneffekte ebenfalls schwach (nominell +0,4%). Die Warenausfuhr nach Großbritannien (nominell +11,6%) und in die MOEL 5 (nominell +5,0%) nahm stärker zu, da sich die Konjunktur dort besser entwickelte. 2014 werden die gesamten Warenexporte deutlich geringer ausfallen (+2,3%) als zuletzt prognostiziert.

Im Prognosezeitraum sollte der Druck auf die Exportnachfrage abnehmen, falls keine neuerlichen Finanzmarkturbulenzen eintreten und sich die Ukraine-Krise nicht verschärft. Dies wird auch den innereuropäischen Handel etwas stimulieren. Der Rückgang des Euro-Kurses begünstigt die Exportwirtschaft ebenfalls. 2015 werden Österreichs Warenexporte daher stärker expandieren (+3,5%).

Der Leistungsbilanzsaldo bleibt über den Prognosezeitraum unter 3% des BIP.

Der Leistungsbilanzsaldo wird 2014 mit 2,4% und 2015 mit 2,5% des BIP geringer sein als 2013 (2,7% des BIP). Dies liegt nicht an der geänderten Prognose des Warenverkehrs, sondern vor allem an der Verschlechterung der Einkommensbilanz: Die Vermögenseinkommensbilanz bleibt aufgrund des Rückganges der Einkommen aus österreichischen Auslandsdirektinvestitionen weiterhin negativ. Darüber hinaus dreht aber auch die Bilanz der Erwerbseinkommen in den negativen Bereich, insbesondere wegen der Öffnung des heimischen Arbeitsmarktes für Arbeitskräfte aus Rumänien und Bulgarien und dem Anstieg des Pendlerverkehrs aus den östlichen Nachbarländern.

Konjunkturprognose September 2014

Produktivität

Veränderung gegen das Vorjahr in %

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
					Prognose	
Gesamtwirtschaft						
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 1,8	+ 2,8	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,8	+ 1,2
Geleistete Arbeitsstunden ¹⁾	- 0,1	+ 2,3	- 0,0	- 0,8	± 0,0	+ 0,1
Stundenproduktivität²⁾	+ 1,9	+ 0,5	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,8	+ 1,1
Erwerbstätige ³⁾	+ 0,7	+ 1,8	+ 1,4	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,8
Herstellung von Waren						
Produktion ⁴⁾	+ 7,8	+ 8,3	+ 1,2	+ 1,5	+ 0,8	+ 2,5
Geleistete Arbeitsstunden ⁵⁾	+ 1,6	+ 1,4	+ 0,6	- 1,2	- 1,0	- 0,8
Stundenproduktivität²⁾	+ 6,1	+ 6,9	+ 0,6	+ 2,7	+ 1,8	+ 3,3
Unselbständig Beschäftigte ⁶⁾	- 1,3	+ 1,7	+ 1,1	- 0,0	- 0,2	- 0,1

¹⁾ Von Erwerbstätigen geleistete Arbeitsstunden laut VGR.

²⁾ Produktion je geleisteter Arbeitsstunde.

³⁾ Unselbständige und Selbständige laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse).

⁴⁾ Nettoproduktionswert, real.

⁵⁾ Von unselbständig Beschäftigten geleistete Arbeitsstunden laut VGR.

⁶⁾ Laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse).

6.1 Investitionen werden zurückgehalten

Die niedrigen Absatzerwartungen bremsen die Investitionstätigkeit trotz weiter sinkender Zinssätze.

Die Ausrüstungsinvestitionen erhielten Anfang 2014 einen Schub durch eine kräftige Ausweitung der Fahrzeuginvestitionen, die allerdings überwiegend Vorziehkäufe vor der Anhebung der Normverbrauchsabgabe mit 1. März 2014 waren. Im weiteren Jahresverlauf wird hingegen wieder mit einer gedämpften Entwicklung gerechnet. Die Investitionen in Maschinen und Geräte gingen im laufenden Jahr zurück. Insgesamt werden die Ausrüstungsinvestitionen 2014 stagnieren und 2015 nur leicht zunehmen (+2,0%). Zwar sind die langfristigen Zinssätze sehr niedrig und sollen 2015 mit der zusätzlichen geldpolitischen Lockerung weiter zurückgehen. Die Investitionsschwäche bleibt davon aber großteils unberührt, da die Investitionen vor allem wegen der ungünstigen Absatzerwartungen zurückgehalten werden.

Die relativ kräftige Expansion der Bauinvestitionen zu Jahresbeginn war u. a., ähnlich wie in Deutschland, auf das milde Winterwetter zurückzuführen. Insgesamt wird daher für 2014 mit einem Zuwachs von 1,7% gerechnet. Die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests deuten jedoch auf eine Abkühlung hin. Die Zahl der Baubewilligungen war im I. Quartal niedriger als im Vorjahr. 2015 werden die Bauinvestitionen um nur 1,0% zunehmen.

Nicht Strukturfaktoren, sondern die Nachfrageschwäche hemmt die Warenproduktion.

Die Indikatoren der Stimmungslage und der Auftragseingänge in der Sachgütererzeugung zeigen keine Aufwärtstendenz, eine Expansion bleibt in den kommenden Monaten aus. 2014 wird die Wertschöpfung in der Herstellung von Waren nur mäßig steigen (+0,8%). Die prognostizierte Zunahme 2015 (+2,5%) geht einher mit der verhaltenen Aufwärtsdynamik der Export- und Investitionsnachfrage, ist aber zu schwach, um das Arbeitsvolumen wieder zu heben, denn der Produktivitätsfortschritt ist in der Warenherstellung weiterhin hoch (2015 +3,3%, Gesamtwirtschaft +1,1%). Die Preise der Ausrüstungsinvestitionen stagnieren, die Preise der Warenexporte gehen heuer noch etwas zurück.

6.2 Dienstleistungsbranchen stützen Beschäftigung

Das Wirtschaftswachstum beruht zur Gänze auf der Produktivitätsverbesserung, das Arbeitsvolumen stagniert.

In der Sachgütererzeugung verringert sich das Arbeitsvolumen wegen des Rückganges der Beschäftigtenzahl und der Pro-Kopf-Arbeitszeit. Somit wird der Beschäftigungsanstieg in der Gesamtwirtschaft (2014 +0,7%, 2015 +0,6%) vom Dienstleistungsbereich getragen. Doch hier ist die Steigerung der Beschäftigtenzahl auch von einer Verkürzung der Pro-Kopf-Arbeitszeit begleitet (Ausweitung der Teilzeitstellen, Rückgang der Pro-Kopf-Arbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten).

tigten, z. B. durch Verringerung von Überstunden). Das Gesamtarbeitsvolumen dürfte über den Prognosezeitraum daher stagnieren, sodass das Wirtschaftswachstum gänzlich durch Produktivitätssteigerungen erzielt wird.

Durch den Zuzug von Arbeitskräften wird der Rückgang des inländischen Arbeitskräfteangebotes mehr als kompensiert.

Der schwächeren Entwicklung der Arbeitskräftenachfrage steht weiterhin ein deutlicher Anstieg des Arbeitskräfteangebotes gegenüber, sodass sich die Arbeitslosenquote 2015 auf knapp unter 9% erhöht. Da die inländische Bevölkerung im Erwerbsalter sinkt, ist der Anstieg des Arbeitskräfteangebotes und der Beschäftigung getragen vom Zuzug aus dem Ausland, u. a. von einer grenzüberschreitenden Pendlerbewegung. Darüber hinaus steigt das Angebot in der Altersgruppe ab 50 Jahren, bedingt durch die starke Besetzung der betreffenden Geburtsjahrgänge und die Einschränkung der Möglichkeiten zum Pensionsantritt.

6.3 Verhaltene Ausweitung des privaten Konsums

Die Teuerung und die hohe Abgabenbelastung dämpfen die Kaufkraft.

Die ungünstige Situation auf dem Arbeitsmarkt und die Verringerung der Arbeitszeit bremsen den Lohnanstieg pro Kopf. Mit +1,7% 2014 und +2,0% 2015 (nominell, brutto) wird er geringer ausfallen als 2012 und 2013. Zwar wird auch die Inflationsrate heuer etwas zurückgehen (auf 1,8%), angesichts der geringen realwirtschaftlichen Dynamik und im Vergleich zum Durchschnitt des Euro-Raumes ist sie damit aber weiterhin relativ hoch. Die Differenz zum Durchschnitt des Euro-Raumes geht überwiegend auf die stärkere Verteuerung von Dienstleistungen und Nahrungsmitteln in Österreich zurück. Neben der relativ hohen Teuerungsrate dämpft auch die u. a. durch die "kalte Progression" verursachte Zunahme der Steuerbelastung die Kaufkraft: Zwischen 2009 und 2013 stieg die Abgabenquote für ein durchschnittliches Lohneinkommen um 1,2 Prozentpunkte auf 49,1% (laut OECD, Taxing Wages). Die realen Nettolöhne nehmen daher im Prognosezeitraum weiter ab. Die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt und die gedämpfte Einkommensentwicklung schwächen die Kaufkraft der privaten Haushalte. Das Konsumentenvertrauen trübte sich zuletzt weiter ein. Der private Konsum wird daher, nach einem leichten Rückgang 2013, im Jahr 2014 nur wenig wachsen (+0,4%, 2015 +0,8%); die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern schrumpft heuer noch.

Konjunkturprognose September 2014

Arbeitsmarkt

Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
					Prognose	
Nachfrage nach Arbeitskräften						
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾	+ 35,0	+ 69,9	+ 50,1	+ 27,9	+ 31,0	+ 26,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾²⁾	+ 25,5	+ 63,3	+ 47,2	+ 21,2	+ 25,0	+ 21,0
Veränderung gegen das Vorjahr in %	+ 0,8	+ 1,9	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,6
Inländische Arbeitskräfte	+ 5,8	+ 25,7	+ 9,0	- 8,5	- 7,0	- 5,0
Ausländische Arbeitskräfte	+ 19,7	+ 37,7	+ 38,1	+ 29,7	+ 32,0	+ 26,0
Selbständige ³⁾	+ 9,5	+ 6,6	+ 2,9	+ 6,7	+ 6,0	+ 5,0
Angebot an Arbeitskräften						
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-64)	+ 17,3	+ 31,3	+ 18,0	+ 23,5	+ 5,8	+ 8,1
(15-59)	+ 4,9	+ 11,7	+ 22,3	+ 27,2	+ 5,6	+ 1,7
Erwerbspersonen ⁴⁾	+ 25,5	+ 65,8	+ 64,0	+ 54,5	+ 64,0	+ 46,0
Überhang an Arbeitskräften						
Vorgemerkte Arbeitslose ⁵⁾	- 9,5	- 4,1	+ 13,9	+ 26,6	+ 33,0	+ 20,0
Stand	in 1.000	250,8	246,7	260,6	287,2	320,2
Arbeitslose in Kursmaßnahmen	in 1.000	73,2	63,2	66,6	73,5	80,5
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen (lt. Eurostat) ⁶⁾	4,4	4,2	4,3	4,9	5,0	5,2
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾	6,2	6,0	6,2	6,8	7,5	7,8
In % der unselbst. Erwerbspersonen ⁵⁾	6,9	6,7	7,0	7,6	8,4	8,8
Beschäftigungsquote						
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾⁷⁾	in %	65,7	66,6	67,2	67,4	67,9
Erwerbstätige (lt. Eurostat) ⁶⁾⁷⁾	in %	71,7	72,1	72,5	72,3	73,1

¹⁾ Ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, ohne Präsenzdienler.

²⁾ Lt. Hauptverband der österr. Sozialversicherungsträger.

³⁾ Lt. WIFO, einschl. freier Berufe und Mithelfender. ⁴⁾ Aktiv Erwerbstätige plus Arbeitslose. ⁵⁾ Arbeitslose lt. AMS.

⁶⁾ Labour Force Survey. ⁷⁾ In % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-64).

Konjunkturprognose September 2014

Konsum, Einkommen und Preise

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
					Prognose	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
Private Konsumausgaben¹⁾	+ 2,0	+ 0,8	+ 0,5	- 0,2	+ 0,4	+ 0,8
Dauerhafte Konsumgüter	+ 1,6	+ 1,8	+ 0,6	- 2,2	- 0,5	+ 0,5
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+ 2,0	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,8
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	- 0,5	- 1,3	+ 1,1	- 1,0	+ 0,1	+ 1,0
	In % des verfügbaren Einkommens					
Sparquote der privaten Haushalte²⁾	8,9	6,7	7,4	6,6	6,3	6,5
Sparquote der privaten Haushalte³⁾	8,4	6,4	7,0	6,2	5,9	6,1
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Direktkredite an inl. Nichtbanken (Jahresendstände)	+ 2,9	+ 2,7	+ 0,0	- 1,2	+ 1,3	+ 1,9
Inflationsrate						
National	1,9	3,3	2,4	2,0	1,8	1,8
Harmonisiert	1,7	3,6	2,6	2,1	1,7	1,8
Kerninflation ⁴⁾	1,2	2,8	2,3	2,3	2,0	1,9

¹⁾ Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

²⁾ Einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche.

³⁾ Ohne Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche.

⁴⁾ Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse).

6.4 Zinssatzsenkung entlastet die öffentlichen Haushalte etwas

Strukturelle Einsparungen und die Abnahme der Zinszahlungen wirken dem konjunkturbedingten Anstieg des Defizits im Staatshaushalt entgegen.

Die für 2014 veranschlagten Bankenhilfen im Umfang von 4,4 Mrd. € (davon 4 Mrd. € für die Hypo Alpe-Adria-Bank International AG) belasten die öffentlichen Haushalte. Für 2015 wird mit defiziterhöhenden Unterstützungsmaßnahmen von zusätzlich 1 Mrd. € gerechnet. Neben Einmalerträgen aus dem Steuerabkommen mit Liechtenstein (2014: 0,5 Mrd. €) wirken Mehreinnahmen aus dem Abgabenänderungsgesetz 2014 (2014: 0,7 Mrd. €, 2015: 1,1 Mrd. €) und Kürzungen der Ermessensausgaben sowie Einsparungen im Pensionsbereich defizitsenkend. Entlastet wird der Staatshaushalt auch durch den anhaltenden Rückgang der Zinssätze. Angesichts der ungünstigen Konjunkturlage ändert sich die Prognose für das Maastricht-Defizit (2014: 2,9% des BIP) daher nur geringfügig.

Die notwendige Verringerung der Abgaben auf Arbeit muss durch eine Erhöhung anderer Abgaben oder eine Ausgabensenkung begleitet werden.

Ein möglicher Zuschussbedarf der teilweise notverstaatlichten Banken über das bereits veranschlagte Volumen hinaus bildet weiterhin ein maßgebliches Prognoserisiko für das Maastricht-Defizit. Auch eine Senkung der Abgaben auf Arbeit würde das Budgetdefizit erhöhen, wenn sie nicht mit einer Ausgabenkürzung oder einer Ausweitung anderer Abgabeneinnahmen einhergeht. Zwar hätte eine Senkung der Einkommensteuer- oder der Sozialversicherungsbeitragssätze nicht nur längerfristige positive beschäftigungspolitische Anreizwirkungen, sondern auch kurzfristige positive Effekte auf die Nachfrage, die Beschäftigung und in der Folge auf die Steuereinnahmen. Das Volumen dieser induzierten zusätzlichen Einnahmen ist aber gering im Vergleich zu dem durch die Abgabensenkung verursachten Aufkommensentfall.

6.5 Russland-Krise als Konjunkturrisiko, neue Europäische Kommission als Chance

Die Auswirkungen der Russland-Krise auf die heimische Konjunktur waren bislang gering, könnten aber steigen.

Angesichts der Ukraine-Krise setzte die EU am 1. August 2014 Maßnahmen, die den Handel mit Russland in den Bereichen Finanzdienstleistungen, Waffen und Erdöltechnologie einschränken. In den EU-Ländern wurde der Handel mit Wertpapieren der größten russischen Banken unterbunden und deren Refinanzierungsmöglichkeiten damit spürbar reduziert. Betrifft die Beschränkung des Handels mit Waffen und Hochtechnologie klar umrissene Bereiche,

Konjunkturprognose September 2014

Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

Veränderung gegen das Vorjahr in %

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
					Prognose	
Löhne und Gehälter pro Kopf¹⁾						
Nominell, brutto	+ 0,9	+ 1,8	+ 2,4	+ 2,1	+ 1,7	+ 2,0
Real (deflationiert mit dem VPI)						
Brutto	- 0,9	- 1,4	- 0,1	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2
Netto	- 1,1	- 1,8	- 1,1	- 0,3	- 0,5	- 0,2
 Lohnstückkosten						
Gesamtwirtschaft	- 0,0	+ 0,8	+ 3,0	+ 2,5	+ 1,8	+ 1,5
Herstellung von Waren	- 6,9	- 3,0	+ 3,0	+ 1,9	+ 1,0	- 0,4
 Effektiver Wechselkursindex Industriewaren						
Nominell	- 2,9	+ 0,1	- 1,7	+ 1,8	+ 1,1	- 0,2
Real	- 3,2	+ 0,5	- 1,7	+ 2,1	+ 1,3	- 0,3

¹⁾ Je Beschäftigungsverhältnis (laut VGR).

Konjunkturprognose September 2014

Wirtschaftspolitische Bestimmungsfaktoren

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
					Prognose	
Budgetpolitik						
			In % des BIP			
Finanzierungssaldo des Staates						
Laut Maastricht-Definition ¹⁾	- 4,5	- 2,5	- 2,6	- 1,5	- 2,9	- 1,9
Struktureller Budgetsaldo	- 3,2	- 2,4	- 1,8	- 1,2	- 0,9	- 0,7
Primärsaldo des Staates laut VGR	- 1,8	+ 0,2	+ 0,0	+ 1,0	- 0,4	+ 0,6
 Geldpolitik						
			In %			
3-Monatszinssatz	0,8	1,4	0,6	0,2	0,2	0,2
Sekundärmarktrendite ²⁾	3,2	3,3	2,4	2,0	1,5	1,3
			Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Effektiver Wechselkursindex						
Nominell	- 2,7	+ 0,2	- 1,5	+ 1,7	+ 1,0	- 0,3
Real	- 3,0	+ 0,6	- 1,6	+ 2,0	+ 1,4	- 0,4

¹⁾ Einschließlich Zinsströme aus Swap-Vereinbarungen, die der Staat abschließt.

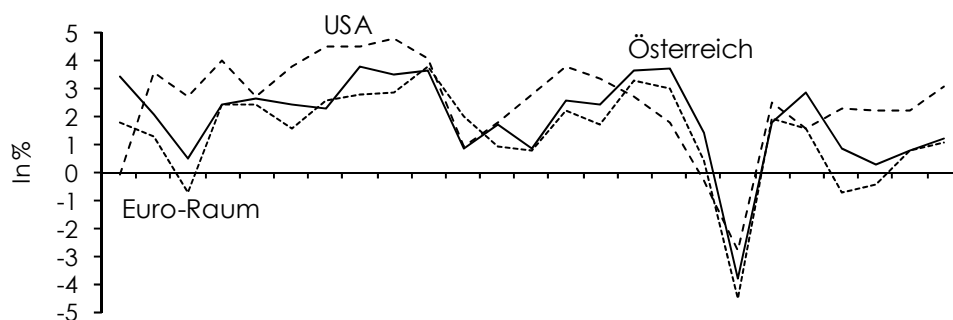
²⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

so schaden die Maßnahmen im Bankenbereich der russischen Volkswirtschaft insgesamt, da sie die Finanzierung von Unternehmen erschweren und Investitionen verteuern. In Osteuropa tätige heimische Banken, die dort bereits durch Firmenwertabschreibungen, notleidende Kredite und Zwangskonvertierungen von Fremdwährungskrediten belastet sind, könnten durch die Sanktionen geschwächt werden und die Kreditvergabe einschränken.

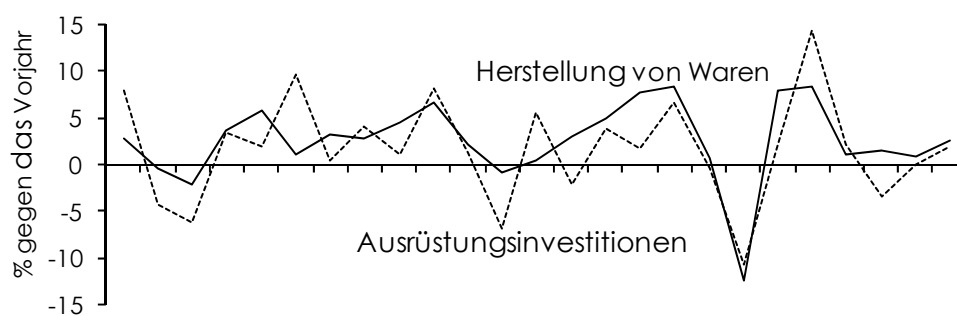
Eine Kräftigung der Binnennachfrage im Euro-Raum könnte einen positiven Investitionszyklus in Österreich auslösen.

Eine Voraussetzung dafür, dass in Österreich ein positiver Außenhandels- und Investitionszyklus in Gang kommt, ist ein Anziehen der Konjunktur im Euro-Raum. Entgegen den aktuellen Stimmungskennzeichen wäre dafür insbesondere eine Stärkung der Binnennachfrage notwendig. Von Lohnerhöhungen in Deutschland (Einführung eines Mindestlohnes 2015) und einer Ausweitung der öffentlichen Investitionen könnten positive Impulse ausgehen. Darüber hinaus könnte die Europäische Kommission ihre Neukonstituierung als Chance nutzen, um gezielte und wirksame konjunkturstimulierende Maßnahmen zu setzen.

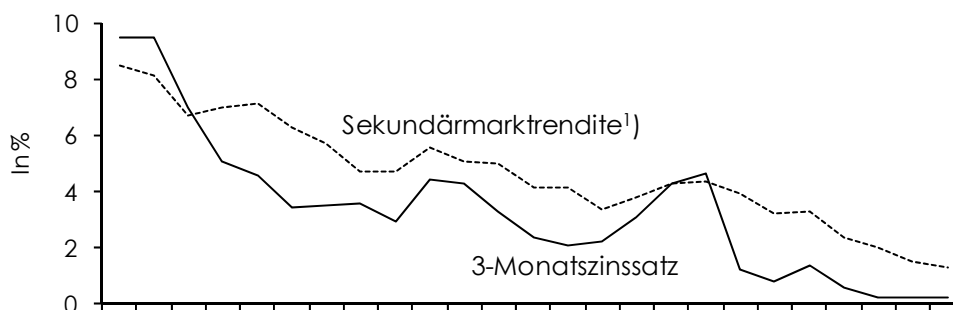
Wirtschaftswachstum



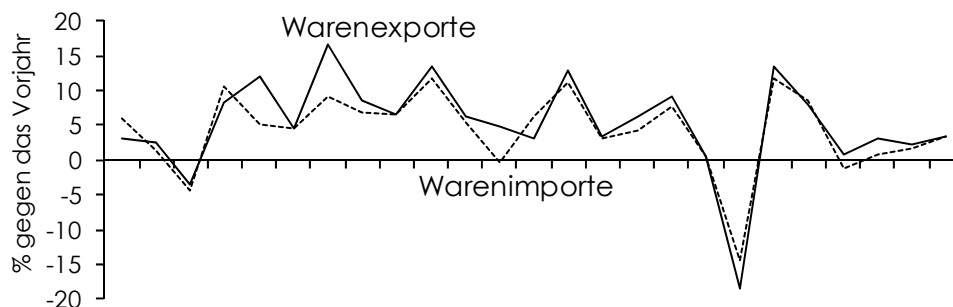
Produktion und Investitionen, real



Kurz- und langfristige Zinssätze



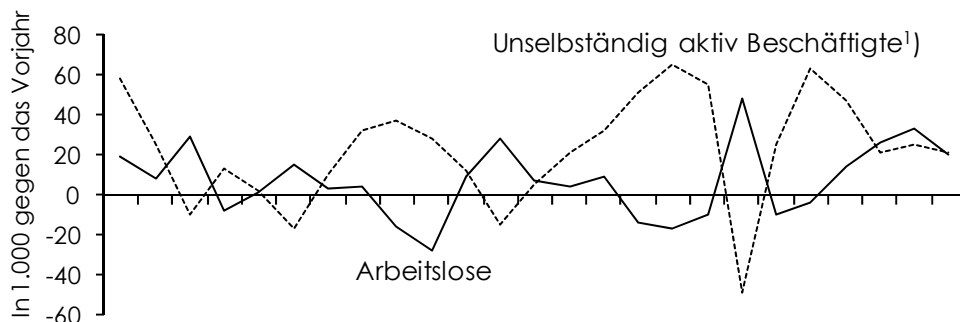
Außenhandel (laut Statistik Austria), real



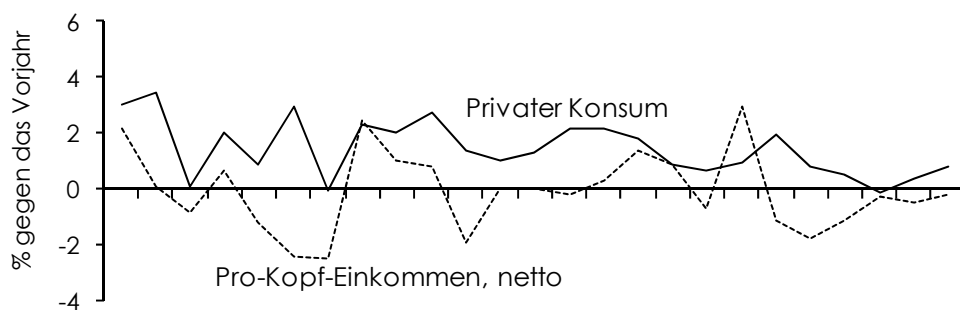
1991 1993 1995 1997 1999 2001 2003 2005 2007 2009 2011 2013 2015

¹⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark)

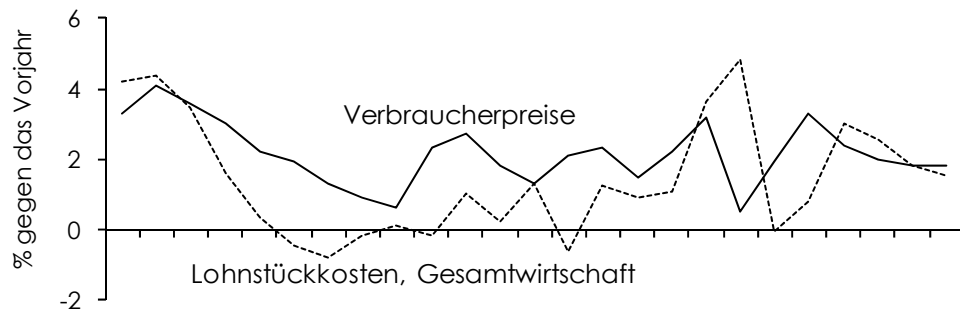
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit



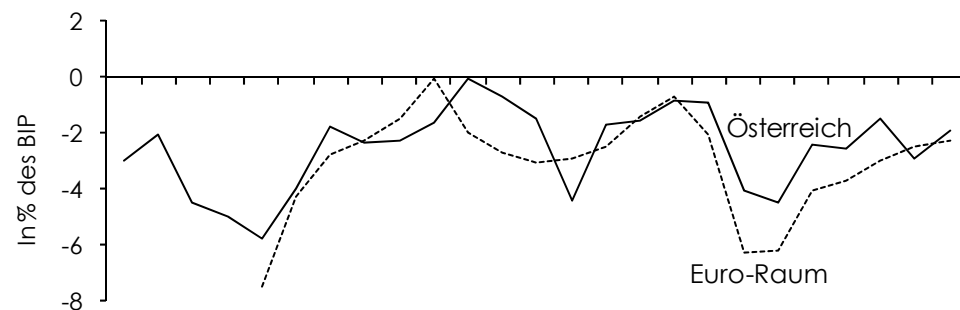
Konsum und Einkommen, real



Preise und Lohnstückkosten



Finanzierungssaldo des Staates



1991 1993 1995 1997 1999 2001 2003 2005 2007 2009 2011 2013 2015

¹) Ohne Personen, die Karenz-/Kinderbetreuungsgeld beziehen, ohne Präsenzdienst, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung; Bruch 2007/2008

Methodische Hinweise und Kurzglossar

Die laufende Konjunkturberichterstattung gehört zu den wichtigsten Produkten des WIFO. Um die Lesbarkeit zu erleichtern, werden ausführliche Erläuterungen zu Definitionen und Fachbegriffen nach Möglichkeit nicht im analytischen Teil gebracht, sondern im vorliegenden Glossar zusammengefasst.

Periodenvergleiche

Zeitreihenvergleiche gegenüber der Vorperiode, z. B. dem Vorquartal, werden um jahreszeitlich bedingte Effekte bereinigt. Dies schließt auch die Effekte ein, die durch eine unterschiedliche Zahl von Arbeitstagen in der Periode ausgelöst werden (etwa Ostern). Im Text wird auf "saison- und arbeitstägig bereinigte Veränderungen" Bezug genommen.

Die Formulierung "veränderte sich gegenüber dem Vorjahr . . ." beschreibt hingegen eine Veränderung gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres und bezieht sich auf unbereinigte Zeitreihen.

Die Analyse der saison- und arbeitstägig bereinigten Entwicklung liefert genauere Informationen über den aktuellen Konjunkturverlauf und zeigt Wendepunkte früher an. Die Daten unterliegen allerdings zusätzlichen Revisionen, da die Saisonbereinigung auf statistischen Methoden beruht.

Wachstumsüberhang

Der Wachstumsüberhang bezeichnet den Effekt der Dynamik im unterjährigen Verlauf (in saisonbereinigten Zahlen) des vorangegangenen Jahres (t_n) auf die Veränderungsrate des Folgejahres (t_1). Er ist definiert als die Jahresveränderungsrate des Jahres t_1 , wenn das BIP im Jahr t_1 auf dem Niveau des IV. Quartals des Jahres t_n (in saisonbereinigten Zahlen) bleibt.

Durchschnittliche Veränderungsrate

Die Zeitangabe bezieht sich auf Anfangs- und Endwert der Berechnungsperiode: Demnach beinhaltet die durchschnittliche Rate 2005/2010 als 1. Veränderungsrate jene von 2005 auf 2006, als letzte jene von 2009 auf 2010.

Reale und nominelle Größen

Die ausgewiesenen Werte sind grundsätzlich real, also um Preiseffekte bereinigt, zu verstehen. Werden Werte nominal ausgewiesen (z. B. Außenhandelsstatistik), so wird dies eigens angeführt.

Produzierender Bereich

Diese Abgrenzung schließt die NACE-2008-Abschnitte B, C und D (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Herstellung von Waren, Energieversorgung) ein und wird hier im internationalen Vergleich verwendet.

Inflation, VPI und HVPI

Die Inflationsrate misst die Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr. Der Verbraucherpreisindex (VPI) ist ein Maßstab für die nationale Inflation. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) ist die Grundlage für die vergleichbare Messung der Inflation in der EU und für die Bewertung der Preisstabilität innerhalb der Euro-Zone (siehe auch <http://www.statistik.at/>).

Die Kerninflation als Indikator der Geldpolitik ist nicht eindeutig definiert. Das WIFO folgt der gängigen Praxis, für die Kerninflation die Inflationsrate ohne die Gütergruppen unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie zu verwenden. So werden knapp 87% der im österreichischen Warenkorb für den Verbraucherpreisindex (VPI 2010) enthaltenen Güter und Dienstleistungen in die Berechnung der Kerninflation einbezogen.

WIFO-Konjunkturtest und WIFO-Investitionstest

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung von rund 1.500 österreichischen Unternehmen zur Einschätzung ihrer aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Lage. Der WIFO-Investitionstest ist eine halbjährliche Befragung von Unternehmen zu ihrer Investitionstätigkeit (<http://www.konjunkturtest.at>). Die Indikatoren sind Salden zwischen dem Anteil der positiven und jenem der negativen Meldungen an der Gesamtzahl der befragten Unternehmen.

Arbeitslosenquote

Österreichische Definition: Anteil der zur Arbeitsvermittlung registrierten Personen am Arbeitskräfteangebot der Unselbständigen. Das Arbeitskräfteangebot ist die Summe aus Arbeitslosenbestand und unselbständig Beschäftigten (gemessen in Standardbeschäftigungsverhältnissen). Datenbasis: Registrierungen bei AMS und Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Definition gemäß ILO und Eurostat: Als arbeitslos gelten Personen, die nicht erwerbstätig sind und aktiv einen Arbeitsplatz suchen. Als erwerbstätig zählt, wer in der Referenzwoche mindestens 1 Stunde selbständig oder unselbständig gearbeitet hat. Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, und Lehrlinge zählen zu den Erwerbstätigen, nicht hingegen Präsenz- und Zivildienstler. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen (Arbeitslose plus Erwerbstätige). Datenbasis: Umfragedaten von privaten Haushalten (Mikrozensus).

Begriffe im Zusammenhang mit der österreichischen Definition der Arbeitslosenquote

Personen in Schulungen: Personen, die sich zum Stichtag in AMS-Schulungsmaßnahmen befinden. Für die Berechnung der Arbeitslosenquote wird ihre Zahl weder im Nenner noch im Zähler berücksichtigt.

Unselbständig aktiv Beschäftigte: Zu den "unselbständig Beschäftigten" zählen auch Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, sowie Präzidiener mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis. Zieht man deren Zahl ab, so erhält man die Zahl der "unselbständig aktiv Beschäftigten".

Rückfragen: Astrid.Czaloun@wifo.ac.at, Christine.Kaufmann@wifo.ac.at, Maria.Riegler@wifo.ac.at, Martha.Steiner@wifo.ac.at

Wien, am 16. September 2014

Rückfragen bitte am Donnerstag, dem 18. September 2014, zwischen 13 und 16 Uhr an
Stefan Schiman, MSc, Tel. (1) 798 26 01/234, Stefan.Schiman@wifo.ac.at

Übersicht 1: **Bruttowertschöpfung, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)**

zu Herstellungspreisen

	P r o g n o s e					P r o g n o s e					
	2012	2013	2014	2015		2014	2015	2014	2015		
	Mrd. € (Referenzjahr 2005)					Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	3,58	3,51	3,55	3,55		- 8,0	- 1,9	± 0,0	± 0,0	+ 1,0	± 0,0
Herstellung von Waren einschl. Bergbau	52,84	53,54	53,97	55,32		+ 1,1	+ 1,3	+ 2,5	+ 4,0	+ 0,8	+ 2,5
Energie- u. Wasserversorgung, Abfallents.	6,94	7,56	7,64	7,71		+ 9,7	+ 9,0	+ 4,0	- 1,0	+ 1,0	+ 1,0
Bau	14,27	14,32	14,42	14,57		+ 0,8	+ 0,3	+ 1,2	+ 1,3	+ 0,7	+ 1,0
Handel, Kfz	29,84	29,42	29,42	29,72		- 1,7	- 1,4	+ 1,0	+ 2,0	± 0,0	+ 1,0
Verkehr	10,44	10,38	10,43	10,49		- 1,0	- 0,6	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5
Beherbergung und Gastronomie	11,30	11,04	10,84	10,98		+ 1,6	- 2,3	- 0,9	+ 1,8	- 1,8	+ 1,3
Information und Kommunikation	8,44	8,21	7,93	7,81		- 1,5	- 2,7	- 1,0	+ 1,0	- 3,5	- 1,5
Kredit- und Versicherungswesen	15,07	15,12	15,85	16,08		+ 2,7	+ 0,3	+ 2,8	+ 0,3	+ 4,8	+ 1,5
Grundstücks- und Wohnungswesen	23,82	23,98	24,39	24,80		+ 1,7	+ 0,7	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,7
Sonst. wirtschaftl. Dienstleistungen ¹⁾	22,00	22,07	22,38	22,76		+ 0,8	+ 0,3	+ 1,5	+ 2,0	+ 1,4	+ 1,7
Öffentliche Verwaltung ²⁾	41,26	41,75	42,30	42,72		+ 1,3	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,0
Sonstige Dienstleistungen	6,64	6,65	6,71	6,76		+ 1,1	+ 0,3	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,8
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche³⁾	246,15	247,23	249,35	252,68		+ 0,8	+ 0,4	+ 1,4	+ 1,7	+ 0,9	+ 1,3
Bruttoinlandsprodukt	271,54	272,28	274,36	277,75		+ 0,9	+ 0,3	+ 1,4	+ 1,7	+ 0,8	+ 1,2

¹⁾ Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (ÖNACE M_N). ²⁾ Einschl. Sozialversicherung, Verteidigung, Erziehung, Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen (ÖNACE O_Q). ³⁾ Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Übersicht 2: Entwicklung der Nachfrage, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)

	Prognose					Prognose					
	2012	2013	2014	2015		2014	2015	2014	2015	2014	2015
	Mrd. € (Referenzjahr 2005)					Veränderung gegen das Vorjahr in %					
						Juni		September			
Konsumausgaben insgesamt	195,41	196,44	197,85	199,64		+ 0,4	+ 0,5	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,9
Private Haushalte ¹⁾	145,59	145,37	145,97	147,14		+ 0,5	- 0,2	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,8
Staat	49,83	51,08	51,90	52,52		+ 0,2	+ 2,5	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,6	+ 1,2
Bruttoinvestitionen	58,88	55,45	55,83	57,03		- 1,2	- 5,8	+ 3,9	+ 4,1	+ 0,7	+ 2,1
Bruttoanlageinvestitionen	56,51	56,09	56,60	57,42		+ 1,6	- 0,8	+ 2,5	+ 2,1	+ 0,9	+ 1,5
Ausrüstungen	23,28	22,48	22,48	22,93		+ 2,1	- 3,5	+ 4,0	+ 3,0	± 0,0	+ 2,0
Bauten	27,92	28,25	28,73	29,01		+ 2,5	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,7	+ 1,0
Inländische Verwendung	254,23	251,67	253,78	256,77		- 0,0	- 1,0	+ 1,5	+ 1,7	+ 0,8	+ 1,2
Exporte	156,46	160,62	163,11	168,57		+ 1,2	+ 2,7	+ 3,8	+ 5,3	+ 1,5	+ 3,3
Importe	139,30	140,01	142,46	147,36		- 0,3	+ 0,5	+ 4,3	+ 5,6	+ 1,7	+ 3,4
Bruttoinlandsprodukt	271,54	272,28	274,36	277,75		+ 0,9	+ 0,3	+ 1,4	+ 1,7	+ 0,8	+ 1,2
Gesamtnachfrage ²⁾	410,38	411,84	416,38	424,70		+ 0,5	+ 0,4	+ 2,4	+ 3,1	+ 1,1	+ 2,0

¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

²⁾ Inländische Verwendung plus Exporte.

Übersicht 4: Importe

	2012	2013	Prognose		Prognose			Veränderung gegen das Vorjahr in %
			2014	2015	2014	2015	2014	
					Juni	September		
Nominell								
Waren lt. Statistik Austria	131,98	130,71	131,60	136,89	+ 4,8	+ 7,0	+ 0,7	+ 4,0
Waren, fob	132,71	130,72	131,62	136,90	+ 4,8	+ 7,0	+ 0,7	+ 4,0
Reiseverkehr	6,53	6,69	7,03	7,42	+ 4,6	+ 5,1	+ 5,1	+ 5,6
Sonstige marktbestimmte Güter	26,48	27,55	28,81	30,71	+ 5,0	+ 7,6	+ 4,6	+ 6,6
Importe insgesamt	165,72	164,96	167,45	175,03	+ 4,8	+ 7,0	+ 1,5	+ 4,5
		Mrd. €						
Real (Referenzjahr 2005, berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)								
Waren lt. Statistik Austria	111,50	112,50	114,41	118,42	+ 4,8	+ 6,0	+ 1,7	+ 3,5
Waren, fob	112,11	112,51	114,43	118,43	+ 4,8	+ 6,0	+ 1,7	+ 3,5
Reiseverkehr	5,39	5,36	5,45	5,55	+ 2,0	+ 2,5	+ 1,5	+ 2,0
Sonstige marktbestimmte Güter	21,84	22,17	22,62	23,41	+ 2,4	+ 4,5	+ 2,0	+ 3,5
Importe insgesamt	139,30	140,01	142,46	147,36	+ 4,3	+ 5,6	+ 1,7	+ 3,4

Übersicht 5: Zahlungsbilanz lt. OeNB

	2009	2010	2011	2012	2013	Prognose			
						2014 Juni	2015	2014 September	
Waren lt. Statistik Austria	- 3,83	- 4,28	- 9,23	- 8,44	- 4,90	- 4,51	- 3,87	- 3,54	- 3,68
Güter	- 2,44	- 3,18	- 7,50	- 7,16	- 3,80	- 3,71	- 3,01	- 2,42	- 2,51
Reiseverkehr i.w.S. ¹⁾	+ 6,23	+ 6,41	+ 6,96	+ 7,00	+ 7,46	+ 7,11	+ 7,29	+ 6,97	+ 7,10
Sonstige Dienstleistungen	+ 6,45	+ 6,76	+ 6,68	+ 7,10	+ 7,94	+ 8,25	+ 7,93	+ 7,25	+ 7,30
Einkommen	- 1,12	+ 1,57	+ 0,74	+ 2,50	- 0,75	- 0,26	+ 1,74	- 1,80	- 1,03
Laufende Transfers	- 1,63	- 1,83	- 1,97	- 2,11	- 2,41	- 2,45	- 2,64	- 2,37	- 2,55
Leistungsbilanz	+ 7,49	+ 9,74	+ 4,90	+ 7,33	+ 8,45	+ 8,94	+ 11,31	+ 7,63	+ 8,30
In % des BIP	+ 2,7	+ 3,4	+ 1,6	+ 2,4	+ 2,7	+ 2,8	+ 3,4	+ 2,4	+ 2,5

Mrd. €

¹⁾ Einschließlich internationalen Personentransports.

Übersicht 6: Entwicklung der Nachfrage, nominell

	2012	2013	Prognose		2012	2013	Prognose			2015
			2014	2015			2014	2015	2014	
	Mrd. €									
	Veränderung gegen das Vorjahr in %									
Konsumausgaben insgesamt	227,38	232,87	238,56	245,15	+ 3,0	+ 2,4	+ 2,7	+ 2,9	+ 2,4	+ 2,8
Private Haushalte ¹⁾	169,02	172,46	176,46	181,25	+ 3,1	+ 2,0	+ 2,7	+ 2,9	+ 2,3	+ 2,7
Staat	58,36	60,41	62,10	63,90	+ 2,8	+ 3,5	+ 2,8	+ 2,9	+ 2,8	+ 2,9
Bruttoinvestitionen	69,62	66,11	67,29	69,64	+ 1,1	- 5,0	+ 5,2	+ 5,7	+ 1,8	+ 3,5
Bruttoanlageinvestitionen	65,83	66,26	67,59	69,48	+ 3,7	+ 0,6	+ 3,8	+ 3,7	+ 2,0	+ 2,8
Ausrüstungen	25,07	24,31	24,31	24,92	+ 3,3	- 3,1	+ 4,5	+ 4,0	± 0,0	+ 2,5
Bauten	34,71	35,79	37,12	38,25	+ 5,3	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,3	+ 3,7	+ 3,0
Vorratsveränderung ²⁾	3,79	- 0,14	- 0,30	0,16						
Statistische Differenz	0,13	- 0,37	0,00	0,00						
Inländische Verwendung	297,13	298,61	305,85	314,79	+ 2,4	+ 0,5	+ 3,2	+ 3,5	+ 2,4	+ 2,9
Exporte	175,59	179,62	182,46	190,19	+ 2,4	+ 2,3	+ 4,5	+ 6,8	+ 1,6	+ 4,2
Importe	165,72	164,96	167,45	175,03	+ 2,0	- 0,5	+ 4,8	+ 7,0	+ 1,5	+ 4,5
Bruttoinlandsprodukt	307,00	313,26	320,86	329,94	+ 2,6	+ 2,0	+ 3,2	+ 3,6	+ 2,4	+ 2,8

¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

²⁾ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

Übersicht 7: Preise

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	Prognose		
							2015	2014 Juni	2014 September
Verbraucherpreise	+ 0,5	+ 1,9	+ 3,3	+ 2,4	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,8
Implizite Preisindizes									
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,6	+ 1,4	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,6
Inländische Verwendung	+ 1,0	+ 2,0	+ 3,2	+ 2,4	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,7
Konsumausgaben insgesamt	+ 1,0	+ 1,7	+ 3,2	+ 2,6	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,8
Private Haushalte ¹⁾	+ 0,4	+ 1,8	+ 3,6	+ 2,6	+ 2,2	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,9
Staat	+ 2,7	+ 1,6	+ 2,0	+ 2,6	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,2	+ 1,7
Bruttoanlageinvestitionen	+ 1,4	+ 2,0	+ 1,7	+ 2,0	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,1	+ 1,3
Ausrüstungen	+ 0,0	+ 1,4	+ 0,9	+ 1,2	+ 0,4	+ 0,5	+ 1,0	± 0,0	+ 0,5
Bauten	+ 2,3	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,7	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0
Exporte	- 2,2	+ 2,6	+ 3,7	+ 1,2	- 0,4	+ 0,7	+ 1,4	+ 0,0	+ 0,9
Waren	- 2,3	+ 2,8	+ 3,0	+ 0,7	- 1,2	+ 0,2	+ 1,1	- 0,5	+ 0,5
Reiseverkehr	+ 0,4	+ 1,4	+ 4,5	+ 3,0	+ 2,4	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,5	+ 2,5
Importe	- 3,7	+ 3,9	+ 5,9	+ 2,3	- 1,0	+ 0,5	+ 1,3	- 0,2	+ 1,1
Waren	- 4,6	+ 4,3	+ 6,2	+ 2,1	- 1,8	± 0,0	+ 0,9	- 1,0	+ 0,5
Reiseverkehr	+ 1,3	+ 1,6	+ 5,2	+ 2,1	+ 2,9	+ 2,5	+ 2,5	+ 3,5	+ 3,5

Veränderung gegen das Vorjahr in %

¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Übersicht 8: Arbeitsmarkt, Einkommen

		Prognose			Prognose		
		2012	2013	2014	2015	2014	2015
				Juni		September	
Erwerbstätige insgesamt	in 1.000	3.922,3	3.946,5	3.974,0	3.998,5		
Aktive ¹⁾	in 1.000	3.827,3	3.855,2	3.886,2	3.912,2		
Unselbständig Beschäftigte	in 1.000	3.465,5	3.483,0	3.504,5	3.524,0		
Aktive ¹⁾	in 1.000	3.370,5	3.391,7	3.416,7	3.437,7		
Arbeitslose ²⁾	in 1.000	260,6	287,2	320,2	340,2		

Veränderung gegen das Vorjahr in %

		+ 1,2	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,6
		+ 1,3	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,7
		+ 1,3	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,6
		+ 1,4	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,6
		+ 5,7	+ 10,2	+ 8,4	+ 3,2	+ 11,5	+ 6,2

Arbeitslosenquote

In % der unselbständigen Erwerbspersonen ²⁾	7,0	7,6	8,4	8,8
In % der Erwerbspersonen ²⁾	6,2	6,8	7,5	7,8
In % der Erwerbspersonen ³⁾	4,3	4,9	5,0	5,2

Beschäftigungsquote

Aktiv Erwerbstätige ¹⁾⁴⁾	in %	67,2	67,4	67,9	68,3
Erwerbstätige ³⁾⁴⁾	in %	72,5	72,3	72,7	73,1

Lohn- und Gehaltssumme ⁵⁾	in Mrd. €	124,61	128,14	131,48	135,15	+ 4,0	+ 2,8	+ 3,0	+ 3,5	+ 2,6	+ 2,8
je Beschäftigungsverhältnis ⁶⁾	€	33.800	34.500	35.100	35.800	+ 2,4	+ 2,1	+ 1,9	+ 2,5	+ 1,7	+ 2,0

1) Ohne Personen, die Karenz/Kinderbetreuungsgeld beziehen, ohne Präsenzdienst.

2) Arbeitslose lt. AMS. 3) Laut Eurostat (Labour Force Survey). 4) In % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-64 Jahre).

5) Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. 6) Laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung.

Übersicht 9: **Nettonationaleinkommen** zu Marktpreisen

	2012	2013	P r o g n o s e		P r o g n o s e					
			2014	2015	2014	2015	2014	2015		
					Juni	September				
			Mrd. €	Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Arbeitnehmerentgelte	154,25	158,59	162,74	167,28	+ 4,1	+ 2,8	+ 3,0	+ 3,5	+ 2,6	+ 2,8
Betriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen	119,32	120,40	123,45	127,11	+ 0,5	+ 0,9	+ 3,4	+ 3,7	+ 2,5	+ 3,0
Produktionsabgaben minus Subventionen	33,43	34,27	34,67	35,55	+ 3,2	+ 2,5	+ 2,9	+ 3,4	+ 1,2	+ 2,6
Bruttoinlandsprodukt Primäreinkommen	307,00	313,26	320,86	329,94	+ 2,6	+ 2,0	+ 3,2	+ 3,6	+ 2,4	+ 2,8
aus der/an die übrige Welt	- 1,89	- 2,18	- 2,29	- 2,18						
Bruttonationaleinkommen Abschreibungen	305,11	311,08	318,57	327,76	+ 2,7	+ 2,0	+ 3,1	+ 3,7	+ 2,4	+ 2,9
	49,42	51,12	52,66	53,97	+ 4,3	+ 3,4	+ 3,0	+ 2,5	+ 3,0	+ 2,5
Nettonationaleinkommen Laufende Transfers	255,69	259,96	265,91	273,79	+ 2,3	+ 1,7	+ 3,2	+ 4,0	+ 2,3	+ 3,0
aus der/an die übrige Welt	- 2,52	- 3,27	- 3,35	- 3,50						
Verfügbares Nettonationaleinkommen	253,17	256,69	262,56	270,29	+ 2,3	+ 1,4	+ 3,2	+ 3,9	+ 2,3	+ 2,9

